

Sabine Leidig,
verkehrspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE
**Rede bei der 14.(17.?) Montags-Protestkundgebung gegen Stuttgart 21
vor dem Stuttgarter Hauptbahnhof, am 15.02.2010**

Liebe Stuttgarterinnen und Stuttgarter,

ich will mich zuallererst bei euch und Ihnen allen bedanken für diese großartige und unermüdliche Demonstration von demokratischen Gestaltungswillen!

Was Sie hier auf die Beine stellen berührt mich sowohl politisch, als auch persönlich, weil ich die Hoffnung habe, dass selbst in dem durch und durch vermacherten Bereich der Verkehrspolitik nichts bleiben muss wie es ist.

Als ich mich vor ein paar Monaten entschieden habe, als Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion dieses Feld zu beackern, hatte das zwei Gründe:

Zum einen hatte ich bei Attac mit Volldampf und tollen Leuten die Kampagne gegen die Privatisierung der Bahn angeschoben und daran knüpfte ich an.

Zum anderen ist der Verkehr Gesellschaftspolitik und nicht Expertenthema – die Bedingungen unserer Mobilität gehen wirklich alle etwas an. Wir müssen das Thema den technokratischen Spezialisten, Lobbyisten und Betonmischern wegnehmen, die es sich unter den Nagel gerissen haben.

Und das habt ihr hier in Stuttgart in aller Breite geschafft!

„Besser Verkehren!“, das ist ein aufregendes Politikfeld der Zukunft, eine Schnittstelle mit vielen Anschlüssen, ein Feld für konkrete (linke/bunte) Utopien:

Der Streit um die Bahn könnte globalisierungskritischen Slogan "Reclaim the Commons" mit Leben füllen, den Kampf um die gemeinschaftlichen Güter, die nicht der Privatisierung und Globalisierung zum Opfer fallen dürfen.

Die neue Bewegung für Klimagerechtigkeit kann um die Verkehrspolitik keinen Bogen machen, weil dort noch immer mehr fossiles verbrannt und CO₂ herausgeschleudert wird. Wir brauchen viel mehr Elektromobilität auf der Schiene, aber keine neuen Bundesstraßen und sicher keine Gigaliner!

Nirgendwo wird so viel Steuergeld investiert wie in Verkehr. Wir könnten einen öffentlichen Sektor entwickeln, in dem gute Arbeitsbedingungen und die Mitwirkung der BürgerInnen garantiert ist, wo die Preisgestaltung sozial und Mobilität für alle möglich ist. So ließe sich nebenbei die Macht der Automobil- und Ölkonzerne zurückdrängen.

Und gerade hier im Ländle wäre es möglich Umbaukonzepte zu entwickeln: Neue, andere Perspektiven für Beschäftigte in der Automobilindustrie. Denn es ist doch viel besser Schienen und Bahnen für mehr Lebensqualität zu bauen, als Autos, die die Welt nicht braucht.

Aber, im Bundestag ist es ganz offensichtlich: die herrschende Politik hat die Weichen für die Deutsche Bahn AG auf Börsenkurs gestellt. Und das passt mit einer demokratischen und sozialen Entwicklung überhaupt nicht zusammen. Die Bahn ist als kapitalistischer Konzern aufgestellt, im Interesse potentieller Investoren. Die Verwendung der Steuergelder fällt unter das Betriebsgeheimnis. Die Macht haben

Männer, die mit Banken, Flugzeug- und Autokonzernen, mit Bau- oder Beraterfirmen verbandelt sind. Ein Interessenfilz, der nicht offen gelegt wird. Die wollen keine Bahn für alle, die lassen sich nicht auf die Bedürfnisse der kleinen Leute ein, die denken nicht an Flächenbahn und Taktfahrplan. Die hängen ihr kaltes Herz an idiotische Megagroßprojekte und wollen Marktanteile in aller Welt erobern – mit unserem Geld.

Jeder normal Mensch würde doch spätestens jetzt, angesichts der dramatischen LÖcher in den öffentlichen Kassen, alles auf den Prüfstand stellen, was nicht wirklich nötig ist.

Wie groß muss der Druck der Baden-Württemberger Betonlobby sein, dass der neue Bahnchef Grube kurz vor Weihnachten Stuttgart 21 im Aufsichtsrat hat beschließen lassen, obwohl die Bahnexperten im eigenen Hause das Projekt als unnötig erachten.

Oder war das nötig, damit die DB-AG auch im Krisenjahr 2009 einen ansehnlichen Gewinn ausweist und also begehrenswert bleibt für künftige Aktionäre. Denn der Beschluss hat immerhin dazu geführt, dass 615 Millionen Euro (aus dem Stuttgarter Stadtsäckel) nicht mehr als Rückstellung verbucht werden müssen, sondern auf der Haben-Seite landen.

Ja, es ist im Bundestag: trotz S-Bahn-Chaos in Berlin, trotz ICE-Flottenpannen, trotz brüchiger Radachsen und alledem ist der Kurs der Deutschen Bahn unverändert. Nach wie vor sind im Bundeshaushalt „Privatisierungserlöse“ aus dem Verkauf von Bahnanteilen vorgesehen. Und das entlarvt das populistische Gerede von Herrn Ramsauer (Bahn als öffentliches Gut) ebenso als scheinheilig, wie das starrköpfige festhalten an Stuttgart21.

Liebe Demonstrationsgemeinde,

Es kommt darauf an, sich den mächtigen grauen Männern in den Weg zu stellen, die sich und alles in dieser Gesellschaft der Kapitalverwertung verschrieben haben. (in Klammer: ich bin bisher tatsächlich nur auf eine einzige Frau gestoßen, die im Verkehrsausschuss mit skurriler Bissigkeit die Totgeburt verteidigt).

Und das schafft ihr hier in Stuttgart. Mit eurem Protest wird jeden Montag ein Stoppschild aufgestellt – und dazu auch noch ein Wegweiser zur

Alternative.

Das ist für ganz Baden-Württemberg wichtig, aber auch für Bayern und Thüringen, für Mecklenburg-Vorpommern oder für Niedersachsen, wo ähnlich unsinnige und teure Großprojekte geplant sind. Ihr helft mit, den Wahnsinn anderswo zu verhindern.

Euer Beispiel kann Schule machen – ich werde jedenfalls Multiplikatorin dafür sein.

Denn es ist höchste Eisenbahn, dass sich Bürgerinnen und Bürger die demokratische Kontrolle und Gestaltungsmacht über unsere Bahn und den ganzen Verkehr wieder zurückerobern!